



Aktueller Begriff

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933

Am 2. Mai 1933 wurden die Gebäude des **Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)** von Nationalsozialisten besetzt, das Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt und zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet, gefoltert oder ermordet. Damit waren die freien Gewerkschaften als einzig verbliebener Machtfaktor, der zur Mobilisierung von massenhaftem Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in der Lage gewesen wäre, ausgeschaltet. Die Zerschlagung der Gewerkschaften markiert nach der Entmachtung des Parlaments, der Gleichschaltung der Länder sowie der personellen Säuberung der Verwaltungsapparate eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zur Errichtung eines totalitären nationalsozialistischen Staates.

Strukturelle Probleme der Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik

Den Gewerkschaften war es zwar gelungen, sich in harten Auseinandersetzungen als feste Größe in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu etablieren. Die starke Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung während der Weimarer Republik aber erwies sich trotz einer Reihe von Erfolgen (Einführung des Achtstundentags, der Arbeitslosenversicherung und der kollektiven Tarifverträge) für die Durchsetzung einer effektiven Interessenvertretung, aber auch für die Abwehr republikfeindlicher Kräfte als schweres Manko. Die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen waren die jeweils unter einem eigenen Dachverband agierenden drei Richtungsgewerkschaften: die freien, der sozialistischen Arbeiterbewegung nahestehenden Gewerkschaften des ADGB, die über die größte Mitgliedschaft verfügten, die im **Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)** zusammengefassten **christlichen Gewerkschaften** sowie die liberalen **Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine**. Neben diesen großen, nach weltanschaulich-politischen Gesichtspunkten differenzierten Gewerkschaften gab es noch eine Reihe von unabhängigen gewerkschaftlichen Verbänden, zu denen sich die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen und Branchen (z.B. Beamte, Angestellte, Lokführer u.a.) zusammengeschlossen hatten. Auch die gegen Ende der Weimarer Republik von der KPD ins Leben gerufene **Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)**, eine Abspaltung vom ADGB, und die von NSDAP-Mitgliedern gegründete **Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO)** verstärkten die Spaltungs- und Polarisierungstendenzen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die negativen Folgen der organisatorisch-strukturellen Schwächen und die politisch-ideologischen Differenzen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung traten insbesondere in der sich zuspitzenden Krisensituation gegen Ende der Weimarer Republik deutlich zum Vorschein. So sahen sich die Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise außer Stande, der durch Finanzkrise, Bankrotte und Massenarbeitslosigkeit hervorgerufenen katastrophalen materiellen Lage der Arbeiterschaft wirksam entgegenzutreten. Folge dieser Ohnmacht waren dramatische Ansehens- und Mitgliederverluste der Gewerkschaften. Hinzu kamen schwerwiegende Differenzen zwischen dem ADGB und der SPD über den wirtschaftspolitischen Kurs und zukünftige machtpolitische Strategien. Insbesondere die Überlegungen innerhalb der Führung des ADGB zu einem Zusammengehen mit den anderen Richtungsgewerkschaften bei weitgehender Aufgabe der engen parteipolitischen Bindungen führten zu heftigen Kontroversen mit der SPD. Zugleich versuchte das Unternehmerlager die Schwäche der Gewerkschaften auszunutzen, um die von diesen durchgesetzten arbeitsmarktpolitischen Errungenschaften - etwa im Bereich des Tarifvertragssystems, des Schlichtungswesens oder der Arbeitslosenversicherung - rückgängig zu machen. Der große Ansehens- und Machtverlust der Gewerkschaftsbewegung begrenzte deren Möglichkeiten, dem nationalsozialistischen Machtanspruch entgegenzutreten, von vorneherein eng.

Vergebliche Anpassungsbereitschaft der Gewerkschaften

Führende SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre haben zwar angesichts der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Ausrufung eines reichsweiten Generalstreiks erwogen. Diese Überlegungen wurden wegen schwerwiegender rechtlicher Bedenken, aber auch aufgrund des Bewusstseins der eigenen Schwäche und der Gefahr blutiger Auseinandersetzungen mit zahlreichen Opfern unter den eigenen Anhängern verworfen. Abgesehen von einigen spontanen Protestkundgebungen blieb der gewerkschaftliche Widerstand marginal. Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre schienen darauf zu vertrauen, dass sich die Nationalsozialisten in der Regierung nicht durchsetzen oder schon nach kurzer Zeit scheitern würden. Der Vorstand des ADGB rief die Arbeiterschaft daher zur Besonnenheit auf. Selbst als die massiven Verfolgungen von Sozialdemokraten nicht mehr übersehen werden konnten, SA- und NSBO-Gruppen bereits einzelne Gewerkschaftshäuser besetzt hatten und auch Gewerkschaftsfunktionäre Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden waren, konnten sich die Gewerkschaftsspitzen nicht zu größeren Widerstandsaktionen durchringen. In der Hoffnung, durch demonstrative Betonung ihrer „nationalen Verantwortung“ das Überleben der eigenen Organisationen innerhalb des NS-Regimes zu sichern, versuchten sie, sich beinahe um jeden Preis mit der neuen Regierung zu arrangieren. Der ADGB erklärte sich mit staatlichen Eingriffen in die Tarifverhandlungen einverstanden und stellte eine Zusammenarbeit mit der Unternehmerschaft sowie die Beschränkung seiner Tätigkeit auf die Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiterschaft in Aussicht. Er distanzierte sich vom Parteienstaat und signalisierte schließlich sogar seine Bereitschaft, die enge Bindung an die SPD zu lösen. Auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften erklärten sich für unpolitisch und bemühten sich bei den Nationalsozialisten um eine Bestandssicherung ihrer Organisationen.

Tatsächlich erwiesen sich alle Bemühungen um ein Einvernehmen mit den Nationalsozialisten als Irrweg. Freie und unabhängige Gewerkschaften standen in krassem Widerspruch zu der von den Nationalsozialisten betriebenen Gleichschaltungspolitik. Diese zielte auf eine einheitliche Ausrichtung sämtlicher staatlicher und gesellschaftlicher Bereiche auf die von der NS-Führung vorgegebene Linie. Arbeiternehmerorganisationen waren unter diesen Bedingungen nur unter engster organisatorischer und ideologischer Anbindung an die nationalsozialistische Macht- und Herrschaftsstrukturen denkbar.

Das Ende der Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Anpassungspolitik hinderte die Nationalsozialisten nicht daran, gewaltsam gegen die Gewerkschaften vorzugehen und ihre Stellung in den Betrieben durch Absetzung von Betriebsräten und Manipulation von Betriebsratswahlen zu schwächen. Trotzdem riefen die Gewerkschaftsvorstände ihre Mitglieder zur Teilnahme an den von der NSDAP veranstalteten Feierlichkeiten am „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai auf, der kurz zuvor zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden war, an dem jeder Arbeitnehmer bezahlten Urlaub bekam. Unter Beteiligung hunderttausender begeisterter Arbeiter wurden am 1. Mai 1933 im ganzen Reich Massenfeste und Umzüge abgehalten. Allein in Berlin zogen 1,5 Millionen Menschen zum Tempelhofer Feld. Einen Tag später besetzten SA- und NSBO-Mitglieder Büros, Banken und Redaktionsgebäude der Freien Gewerkschaften, ohne auf größere Gegenwehr zu stoßen. Zahlreiche Gewerkschaftsführer wurden verhaftet und zur „Schutzhaft“ in Konzentrationslager abtransportiert. Das Vermögen der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt, ihre Mitglieder in die als Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber neu gegründete **Deutsche Arbeitsfront (DAF)** überführt. Bis Ende Juni 1933 wurden auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften aufgelöst und in die DAF eingegliedert. Damit war das Ende der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung besiegelt.

Die DAF entwickelte sich zur größten NS-Massenorganisation mit zeitweise über 25 Millionen Mitgliedern. Sie widmete sich hauptsächlich der ideologischen Schulung und sozialen Betreuung ihrer Mitglieder. Mit ihrem beträchtlichen Vermögen, das zum großen Teil aus den beschlagnahmten Gewerkschaftsgeldern stammte, finanzierte die DAF unter anderem die kulturellen und massentouristischen Freizeitprogramme ihrer Unterorganisation „Kraft durch Freude“, die sehr zur Popularisierung und Legitimierung des NS-Regime bei der Arbeitnehmerschaft beitrugen.

Literatur:

- Schumann, Hans-Gerd (1958). Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover; Frankfurt am Main.
- Evans, Richard (2004). Das Dritte Reich. Der Aufstieg, München.
- Bracher, Karl-Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.). Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn, 1983.
- Langkau, Jochem; Matthöfer, Hans; Schneider, Michael (Hrsg.). SPD und Gewerkschaften Bd.1: Zur Geschichte eines Bündnisses, Bonn 1994.

Verfasser: Wilhelm Weege / Prakt. Marco Kaden,
Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik